

Europäische Union

Finanztransaktionssteuer vor dem Aus

Die Einführung der Transaktionssteuer auf EU-Ebene droht zu scheitern, da die Zustimmung aller Mitgliedstaaten notwendig ist. In Großbritannien und Schweden jedoch stößt die Steuer auf erheblichen Widerstand.

Von Werner Mussler, Brüssel



Die Einführung der EU weiten Finanztransaktionssteuer droht zu scheitern

01. Oktober 2010 Die Bundesregierung glaubt offenbar nicht mehr daran, dass sich die von ihr angestrebte Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene noch verwirklichen lässt. Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen sagte nach dem informellen Treffen der EU-Finanzminister am Freitag in Brüssel, der Weg zu einer Lösung im deutschen Sinne sei „schwieriger, als wir uns das vorgestellt haben“. Zuvor hatte auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Berlin angedeutet, dass nur wenige EU-Staaten der Idee etwas abgewinnen können. In Brüssel hätten alle Anwesenden lediglich ihre „bekannten Positionen“ wiederholt, sagte Asmussen.

Damit wird es noch unwahrscheinlicher als bisher, dass die Bundesregierung an ihrer Haushaltsplanung für 2012 in diesem Punkt festhalten kann. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat für den Etat 2012 Einnahmen aus der noch nicht beschlossenen Steuer von 2 Milliarden Euro eingeplant.

Erheblicher Widerstand in Großbritannien und Schweden

Schäuble hatte sich vor drei Wochen noch zuversichtlich geäußert, er könne die EU-Partner bis zum Brüsseler Treffen von dem Vorhaben überzeugen. Doch wie bisher erhielt die

deutsche Seite nur von Frankreich und Österreich Unterstützung. Die Steuer setzt die einstimmige Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten voraus. Angesichts des erheblichen Widerstands vor allem Großbritanniens und Schwedens gilt es als ausgeschlossen, dass es Deutschland gelingen könnte, die Gegner des Vorhabens mit Zugeständnissen auf anderen Politikfeldern zu einem Tauschgeschäft zu bewegen und so deren Zustimmung zu sichern.

„Die Idee, eine Transaktionssteuer in Europa einzuführen, ohne dass die Vereinigten Staaten und der Rest der Welt mitmachen, wird nicht laufen“, sagte der schwedische Ressortchef Anders Borg. „Deshalb sehe ich nicht, dass wir da einen Fortschritt machen können.“

Zum Thema

EU-Finanzministertreffen:
Widerstand gegen Idee zur
Börsen-Steuer

Deutschland und Frankreich
wollen Finanzsteuer in der
EU durchsetzen

EU will bei G 20 für
Finanztransaktionssteuer
werben

Am Rande des Treffens hieß es, auch die von Berlin ersatzweise ins Spiel gebrachte Idee, die Steuer nur in den 16 Euro-Staaten einzuführen, finde wenig Zustimmung. Wenn die Finanztransaktionen im Euro-Raum besteuert würden, jene am Finanzplatz London aber nicht, drohe eine Abwanderung aus dem Euro-Raum. Der österreichische Finanzminister Josef Pröll legte dennoch einen eigenen Vorschlag für die Steuer vor. Der Steuersatz auf finanzielle Transaktionen solle 0,01 Prozent betragen, sagte er. In mehreren Delegationen wurde der Vorschlag als unrealistisch bezeichnet.

Text: F.A.Z.
Bildmaterial: dpa

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation

Suchen Sie einen Spezialisten? Krebs, Herz, Orthopädie, Plastische Chirurgie, Neurologie, Gastrologie, u.a. Hier Informieren!

F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2010
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net.

